



Themen: Neue Initiativen der EVG für eine gerechte Rentenpolitik (u.a. AVDR) und zur aktuellen Verkehrspolitik – Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Dr. Klang

Es ist inzwischen eine gute Tradition geworden, bei aktuellen Anlässen auf höherer oder höchster Ebene mit Spitzenpolitikern des Landes Gespräche zu führen, um die Interessen unserer EVG Mitglieder im Land zu positionieren bzw. durchzusetzen.

Das Ende April anstehende Arbeitsgespräch hatte eigentlich eine andere Planung. Unser EVG Vorstandsmitglied, Kollegin Regina Rusch-Ziemba, hatte den Ministerpräsidenten des Landes, Herrn Dr. Haseloff, um einen Gesprächstermin gebeten, um die Problematik AVDR (Altersversorgung Deutsche Reichsbahn), die Angleichung Rentenwert Ost sowie weitere Rentenprobleme Ost, die seit 1992 ungelöst sind, zu erörtern. Dabei wollten wir für eine Fondslösung werben.

Leider konnten dann weder Regina, noch der Bereichsleiter Sozialpolitik, Kollege Lars Scheidler, als auch der Ministerpräsident, Dr. Haseloff, an dem Gespräch teilnehmen. Vom Ministerpräsidenten wurden der zuständige Staatssekretär, Herr Dr. Klang, sowie Herr Ganz beauftragt und von Seiten Regina Rusch-Ziemba unser Geschäftsstellenleiter, Kollege Jürgen Geidies, gebeten, das Arbeitsgespräch zu führen. Bei den verkehrspolitischen Themen wurde Jürgen Geidies vom Kollegen Dietmar Demke unterstützt.



Letztendlich war wichtig, dass der lange geplante Gesprächstermin am 24. April zustande kam.

Jürgen Geidies erläuterte den Politikern deutlich und verständlich, welche Ungerechtigkeiten den „Reichsbahnern“ in der Rentenpolitik durch Gesetzgebung und Gerichtsurteile, widerfahren sind.

Dieses Thema ist sehr komplex. Viele Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, die ihr Berufsleben bei der Deutschen Reichsbahn begonnen bzw. verbracht haben, wissen dies oder spüren es als Senioren an einer deutlich zu geringen Rente.

Einige wenige Stichpunkte, wie zum Beispiel:

- *Einigungsvertrag ohne dauerhaften Bestandsschutzhinweis,*
- *Gesamthaft fehlerbehaftete Überleitung der Altersversorgung DR in das Rentensystem im vereinten Deutschland,*
- *Kein Anspruch bei weniger als 10 Jahre Beschäftigung bei der DR vor 1974,*
- *Fehlende Regelungen im Eisenbahnneuerordnungsgesetz - Gründung DB AG*
- *Negativ beschiedene Gerichtsverfahren beim Bundesarbeitsgericht und Bundessozialgericht und*
- *immer wieder „beinahe“ Lösungen auf politischer Ebene,*

machen nur ansatzweise die Komplexität deutlich, um welche Ungerechtigkeiten es hier geht.

Um den „noch verbliebenen“ Anspruchsberechtigten, als auch zur Lösung der weiteren bestehenden Ungerechtigkeiten im Rentensystem, gerecht werden zu können, fordert die EVG einen Fonds zur Lösung der rentenrechtlichen Nachteile im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. Dieser sollte mit mehreren hundert Millionen Euro gefüllt werden, um die dargestellten Ansprüche „abfinden“ zu können.

Bereits im Rahmen der Verhandlungen zum aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung forderte die EVG, gemeinsam mit dem DGB, diesen Fonds. Mindestlohn, Rente ab 63 und Mütterrente hatten letztlich eine höhere Priorität als die Ansprüche ostdeutscher Senioren. In einem von Regina Rusch-Ziemba kürzlich mit Frau Ministerin Nahles geführten Gesprächs ging es darum, diesen Fonds nun doch zu realisieren, zumal die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen es erlauben.

Seitens der SPD besteht also der Wille - nun muss die CDU überzeugt werden!



Genau das will die EVG erreichen und hat deshalb alle CDU Ministerpräsidenten angeschrieben und um ein Gespräch gebeten. Die Themen wurden Herrn Dr. Klang vorgetragen, und er wurde gebeten, diese dem Ministerpräsidenten zu erläutern.

Wie schon fast zu erwarten, äußerte Herr Dr. Klang, dass Sachsen-Anhalt da nicht allein „nach vorn brechen“ oder initiativ werden wird. Er versprach aber, dieses Thema auf höchster CDU Parteiebene zu platzieren.

Aktuelle Verkehrspolitik

Auch nutzten wir wieder die Gelegenheit die Themen ansprechen, die uns im Jahr 2015 besonders bewegen werden, wie zum Beispiel

- die Verkehrspolitik im Land Sachsen-Anhalt
- die Revision des Regionalisierungsgesetzes
- das neu auf den Weg gebrachte Regulierungsgesetz.

Die EVG, hier vertreten durch die Kollegen Jürgen Geidies und Dietmar Demke, hat zu den Gesetzgebungsverfahren, dem Regionalisierungs- und dem Regulierungsgesetz, klare Standpunkte. Diese wurden Herrn Staatssekretär, Dr. Klang, vorgetragen und mit ihm im Nachgang diskutiert.

Bei den Regionalisierungsmitteln macht der EVG die aktuelle politische Entwicklung große Sorgen. Es ist aktuell möglich, dass das beschlossene Vermittlungsverfahren des Bundesrates durch Entscheidungen des Bundes bis 2019 in die Länge gezogen wird. Für unser Land Sachsen-Anhalt eigentlich nicht schlimm. Die jetzigen Mittel würden noch vier Jahre mit 1,5% Dynamisierung weiter fließen. Aber dann wird es richtig schwierig. Im Zuge der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches bis 2019 könnte die Zweckbindung SPNV wegfallen. So würden die jetzigen Regionalisierungsmittel in die jeweiligen Landeshaushalte der Bundesländer fließen. Dann würde der Finanzminister, und nicht mehr wie bisher, der Verkehrsminister – je nach Haushaltslage – bestimmen, wie viele Züge noch fahren werden!

Dieses Szenario muss auf jeden Fall verhindert werden!

Auch der Staatssekretär im Verkehrsministerium will diese politische Variante nicht und äußerte, dass die Kieler Beschlüsse der Verkehrsminister-

konferenz aus 2014 zur Neuverteilung der Mittel umgesetzt werden müssen.

Bei dem Thema Regulierungsgesetz 2015 legten wir die wesentlichen Standpunkte der EVG dar. (Anmerkung: Da diese recht umfangreich sind bitten wir die Stellungnahme der EVG dazu bei Bedarf in den Geschäftsstellen abzufordern!) Ein Regulierungsgesetz mit dem Ziel, die Trassenpreise zu senken, darf nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze und vielleicht sogar die Tarifautonomie bei der DB Netz AG, gefährdet werden.

In den Jahren 2012/2013, dem letzten Versuch ein Regulierungsgesetz durchzusetzen, gingen einige Bundesländer den Weg, noch etwas Negativeres „oben drauf zu setzen“. Auch das Land Sachsen-Anhalt befürwortete damals die Möglichkeit, die Schieneninfrastruktur teilweise in Länderhoheit zu transferieren. Wir appellierten so an die anwesenden Politiker, diesen unsinnigen Politikansatz nicht zu wiederholen.



Zum Ende des Gespräches baten die Vertreter der EVG darum, bei den aktuellen Kernthemen der Verkehrspolitik, nämlich dem Regionalisierungs- und dem Regulierungsgesetz, im ständigen Dialog mit der EVG zu bleiben. Letztendlich geht es dabei um unsere Arbeitsplätze!

Fazit: Auch ohne abschließende konkrete Ergebnisse konnten wir die Interessen der EVG Mitglieder bei den sozial- und verkehrspolitischen Themen in angenehmer Gesprächsatmosphäre platzieren.